

Dr. Margarete Schramböck
 Bundesministerin für Digitalisierung und
 Wirtschaftsstandort

Präsident des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

buerro.schramboeck@bmdw.gv.at
 Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.491.428

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)7385/J-NR/2021

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 7385/J betreffend "die sonderbaren Versuche eines Vergleiches in den Fällen GESFÖ und Riedenhof und Pannonia", welche die Abgeordneten Mag. Philipp Schrangl, Kolleginnen und Kollegen am 9. Juli 2021 an mich richteten, stelle ich eingangs fest, dass gemäß Art. 11 Abs. 1 Z 3 B-VG der Bund für die Gesetzgebung und die Länder für die Vollziehung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes (WGG) zuständig sind. Damit betrifft die vorliegende Anfrage keinen Gegenstand der Vollziehung des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort. Unbeschadet dessen kann Folgendes festgehalten werden:

Antwort zu Punkt 1 der Anfrage:

1. *Sehen Sie in Anbetracht eindeutig anmutender gesetzlicher Regelungen im Regime des WGG rechtlichen Spielraum für einen Vergleich, der den bzw. die Eigentümer iZm einer Entziehung des Gemeinnützigkeitsstatus besserstellt als ein reguläres Ausscheiden gem § 10 Abs. 2 WGG?*

Gemeinnützige Bauvereinigungen haben ihre Tätigkeit auf die Erfüllung dem Gemeinwohl dienender Aufgaben des Wohnungs- und Siedlungswesens zu richten sowie die Verpflichtung, das erwirtschaftete Eigenkapital im Sinne eines Generationenausgleichs zur Sicherung einer nachhaltigen Wohnversorgung für Zwecke des gemeinnützigen Wohnungswesens zu binden und zu verwenden. Das stiftungsartig in der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft gebundene Vermögen gemeinnütziger Bauvereinigungen wird durch strenge Regelungen, insbesondere betreffend Gewinnausschüttungsbeschränkungen, geschützt.

Ein Ausscheiden aus der Wohnungsgemeinnützigkeit ist gesetzlich nicht vorgesehen; gemäß §§ 35 f WGG kann die Anerkennung als gemeinnützig ausschließlich von der zuständigen Landesregierung bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen entzogen werden. Der Entzug der Anerkennung als gemeinnützig ist als Sanktion zu werten und stellt im Lichte des WGG die ultima ratio dar (vgl. Holoubek/Hanslik-Schneider in Illedits/Reich-Rohrwig (Hrsg), Wohnrecht Taschenkommentar - Update (2020) § 35 WGG).

Im Fall des Entzuges der Anerkennung als gemeinnützig hat die zuständige Landesregierung gemäß § 36 Abs. 1 WGG dem Unternehmen eine Geldleistung aufzuerlegen, um den Eigentümern die durch die Gemeinnützigkeit gewonnenen Vorteile zu entziehen und diese wiederum Zwecken des gemeinnützigen Wohnungswesens zuzuführen (vgl. Holoubek/Hanslik-Schneider a. a. O., § 36 WGG). Die Höhe der endgültigen Geldleistung ist so zu bemessen, dass den Genossenschaftern bzw. Gesellschaftern kein höherer Vermögensvorteil zufließt als im Falle ihres Ausscheidens nach § 10 Abs. 2 WGG.

Wien, am 9. September 2021

Dr. Margarete Schramböck

Elektronisch gefertigt

